

Kreistagsfraktion BVR/FW \* Hafenstr.12 \* 18356 Barth



Barth, 03.01.2024

## Offener Brief der Fraktion BVR/FW an Frau Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

wir die Mitglieder der Fraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler im Kreistag Vorpommern-Rügen, möchten mit diesem Schreiben unsere Besorgnis über die sich verschlechternde Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in unserem Landkreis zum Ausdruck bringen.

In den kommenden zwei Jahren erwarten wir aufgrund abnehmender Steuereinnahmen und steigender Preise für Energie, Heizung sowie weiterer Bereiche, bedingt durch bundespolitische Entscheidungen, eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen. Die damit einhergehenden Tarifierhöhungen werden voraussichtlich dazu führen, dass die Mehrheit der Städte und Gemeinden nicht mehr in der Lage sein wird, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Ein zusätzliches Problem stellen die zu erwartenden Erhöhungen der Kreisumlage und der Amtsumlage für die amtsangehörigen Städte und Gemeinden dar. Diese belasten die kommunalen Haushalte weiter.

Perspektivisch werden viele Städte und Gemeinden nicht mehr in der Lage sein, notwendige Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen, und freiwillige Leistungen aufrechtzuerhalten. Die steigenden Personalkosten, insbesondere durch zunehmende bürokratische Aufwendungen,

Fraktion Vorpommern-Rügen/Freie Wähler  
im Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen  
Hafenstraße 12  
18356 Barth  
Telefon: 038231/666-410

Fraktionsvorsitzender  
Mathias Löttge  
[fraktionsvorsitzender-bvr-fw@web.de](mailto:fraktionsvorsitzender-bvr-fw@web.de)  
[www.facebook.com/fraktion.bvr.fw](http://www.facebook.com/fraktion.bvr.fw)

Fraktionsgeschäftsführerin  
Brunhild Steinmüller  
[kreistagsfraktion-bvr-fw@web.de](mailto:kreistagsfraktion-bvr-fw@web.de)

# BÜRGER FÜR VORPOMMERN-RÜGEN und FREIE WÄHLER

Fraktion im Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen

aufgrund von Vorgaben der Bundes- bzw. Landesregierung, tragen zusätzlich zu dieser finanziellen Belastung bei.

Auch die Aussichten auf Fördermöglichkeiten für kommunale Investitionen verschlechtern sich aufgrund bundespolitischer Entscheidungen.

Angesichts dieser Herausforderungen kommen wir zu der Feststellung, dass das im Artikel 28 des Grundgesetzes verbrieftete Recht auf Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung aufgrund der sich wesentlich verschlechternden finanziellen Situation im Landkreis und in den Städten und Gemeinden perspektivisch nicht mehr gewährleistet ist.

In diesem Zusammenhang bitten wir Sie herzlich um Ihre Unterstützung und Ihr Engagement für eine Veränderung dieser äußerst problematischen Situation. Wir sind überzeugt, dass nur durch gemeinsame Anstrengungen eine nachhaltige Lösung gefunden werden kann.

Für Ihre Unterstützung danken wir im Voraus und stehen gerne für einen persönlichen Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Mathias Löttge

Vorsitzender der Fraktion BVR/FW im Kreistag Vorpommern-Rügen